

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.  
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II  
Fernsprecher: 37 Jannowisch 2120

Anzeigen die dreifachspalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinbarung auf Postfach 111502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfrist Freitag

## Versackt der Preisabbau?

Der Lohnabbau auf Grund der Vierten Notenordnung ist auf der ganzen Linie durchgeführt und hat die Kaufkraft Millionen deutscher Arbeitnehmer schwer benachteiligt. Wohl hat der Reichszähler Brüning seinerzeit erklärt, daß der Lohnreduzierung ein entsprechender Preisabbau folgen müsse; leider hat jedoch die Reichsregierung bei der Durchführung der Preisentwertungsaktion den nötigen Eifer vermissen lassen. Das Ergebnis ist denn auch danach ausgefallen. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes beläuft sich die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) für den Durchschnitt des Monats Januar 1932 auf 124,5 gegenüber 130,4 im Dezember 1931. Der Rückgang beträgt somit 4,5 Proz. An dem Rückgang sind sämtliche Berufsgruppen beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 3,2 Proz. auf 116,1, für Wohnung um 7,7 Proz. auf 121,5, für Heizung und Beleuchtung um 5,6 Proz. auf 140,4, für Bekleidung um 4,0 Proz. auf 123,9, für „sonstigen Bedarf“ um 5,2 Proz. auf 171,1. Dabei ist zu beachten, daß der Lebenshaltungsindeks eine Reihe Klassen nicht erfährt, wir brauchen nur an die sozialen Abgaben und die steuerlichen Leistungen zu erinnern.

Der Herr Reichskommissar Dr. Goerdeler hat nun vor Vertretern der Presse ausgesprochen, daß er mit

dem Ergebnis des Preisabbaus auch nicht recht zufrieden sei. Es liege im Interesse der Belegung der Wirtschaft, das Verhältnis zwischen Kaufkraft und Preisen noch stärker zu verbessern. Daran, daß wir auf diesem Gebiet noch nicht weitergekommen sind, trägt die Reichsregierung einen großen Teil der Schuld selbst. Sie hat bei der Lohnsenkung ihre volle Macht eingesetzt. Bei der Durchführung entsprechender Senkung der Lebensmittelpreise kommt sie aus lauter Bedenken und Rücksichtnahmen für die verschiedensten Wirtschaftsgruppen nicht heraus.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben mit dem Reichskommissar für Preisüberwachung Rücksprache genommen, und an der Hand einer Fülle praktischer Fälle ein energisches Vorgehen von ihm gefordert. Herr Dr. Goerdeler errechnet den bisherigen Umfang der erfolgten Preisentwertung mit etwa 7 Proz. Die als Ziel gestellten 10 Proz. sollen seiner Ansicht nach Mitte Februar erreicht sein. Er hält die Einhaltung dieses Termins für angebracht, um Störungen im Produktionsprozeß auszuschalten. An der Reichsregierung liegt es nun, das gegebene Versprechen auch gerechten Ausgleich für die Lohnreduzierung auch einzuhalten. Scheitert der Versuch, eine dem Lohnabbau entsprechende Preisentwertung herbeizuführen, so muß so schnell wie möglich der Ausgleich zwischen Löhnen und Preisen von der Lohnseite her erfolgen.

Die dritte Gruppe gehören jene Selbsthilfemaßnahmen, die ergriffen wurden, um die Zahlungsbilanz in der betreffenden Länder zu entspannen. Maßnahmen zur Drosselung der Einfuhr durch Erhöhung der Zölle, durch Erlaß von Einfuhrverboten, Begrenzung der zur Einfuhr zugelassenen Mengen (Kontingente), staatliche Zwangsbewirtschaftung von Auslandsgebern ebenfalls mit der Wirkung der Drosselung der Einfuhr, gleichzeitig währungspolitische oder andere Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr werden durchgeführt. Mag es sich in vielen Fällen um Zwangsangelegenheiten handeln, die jene Selbsthilfemaßnahmen unermesslich machen, im Endergebnis sind sie durchaus schädlich, da sie zum schärfen Zusammenschluß des Welthandels führen. Die Förderung der Ausfuhr ist auf die Dauer nicht möglich, wenn die Reichsregierung die Fähigkeit zur Einfuhr nicht vorliegt. So ist die Folge dieser Maßnahmen die weitere Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit. Vorübergehend kann die eine oder andere von ihnen für ein bestimmtes Land allerdings Erleichterungen schaffen, wie für England die Aufhebung der Goldwährung.

Am Frühjahr soll in England auch noch der allgemeine Zolltarif vorbereitet werden. Nachdem bereits die Entwertung des Pfundes die Einfuhr nach England erhöht und nachdem zu den bereits früher vorhandenen Zöllen in den letzten Monaten eine ganze Reihe von neuen Zöllen sowohl auf landwirtschaftliche wie industrielle Produkte trat, soll jetzt Englands Abkehr vom Freihandel besiegelt werden durch die Schaffung eines allgemeinen Zolltarifs, der gleich den Zolltarifen anderer Länder nur verhältnismäßig wenigen Waren die Zollfreiheit sichert, während die meisten Waren einem Einfuhrzoll unterliegen sollen. Von den Schutzzöllen erwartet man in England vielfach nicht nur die Zurückdrängung der Einfuhr, sondern auch, so merkwürdig das auch klingt, die Förderung der Ausfuhr. Die Zölle, indem sie die Produktionskosten der verarbeitenden Industrie durch Verteuerung der

## Nationale Selbsthilfe oder internationale Verständigung?

Eine oberflächliche Betrachtung der jüngsten Vorgänge in der Weltwirtschaft bietet einige Anhaltspunkte für eine bevorstehende Erleichterung. Drei Vorgänge, die miteinander in Verbindung stehen, scheinen auf diese Wandlung hinzudeuten. Einmal die Erschöpfung der Warenvorräte bei einer größeren Anzahl von Rohstoffen und Fertigprodukten. Damit im Zusammenhang die Steigerung der Preise verschiedener Waren oder aber zumindest das Abstoppen ihres weiteren Absinkens. Der nicht besonders günstige Ausfall der Welternte verschiedener Getreidearten trug zur Steigerung der Getreidepreise, vor allem der Preise für Roggen und Mais, bei. Doch sind steigende Preise auch für die meisten Metalle zu verzeichnen. Die rückläufige Bewegung der Preise für Baumwolle, Gummi, ja sogar für Zucker und Kaffee, kam zum Stillstand. Die Wollpreise erfuhren sogar in letzter Zeit eine nicht unerhebliche Steigerung auf dem Weltmarkt. Als drittes Zeichen einer beginnenden Erleichterung wäre das Ansteigen der Kurse von Effekten an verschiedenen wichtigen Börsenplätzen zu deuten.

Es wäre aber nicht nur voreilig, sondern sogar unerlaubt, aus diesen Entwicklungen auf eine wirkliche Erleichterung in der Weltwirtschaft, die bereits erfolgt sei oder nahe bevorstehe, zu schließen. Es waren zumeist Maßnahmen der Selbsthilfe, die zu den erwähnten Erscheinungen führten. Indessen sind gerade die Selbsthilfemaßnahmen, die in vielen Ländern ergriffen werden, derart, daß sie die Entwertung nicht erleichtern, ja, die Verwirrung in der Weltwirtschaft erhöhen. So stehen die Selbsthilfemaßnahmen, die geeignet sind, die Konjunktur eines Landes einigermaßen anzufuttern, anderen gegenüber, die das Chaos in der Weltwirtschaft erhöhen und ihre Schrumpfung fördern. Ja, es gibt Selbsthilfemaßnahmen, die, während sie dem eigenen Land vorübergehend nützen, die anderen Ländern gleichzeitig schädigen, was auf die Dauer auch auf jene Länder zurückfällt, die zunächst die Vorteile genießen.

In der Reihe der Selbsthilfemaßnahmen können wir drei Gruppen unterscheiden. In die erste gehören die Bemühungen, die neuerdings auf manchen Gebieten erfolgreich waren, durch organisierte Einschränkung der Produktion die vorhandenen Vorräte abzubauen und die Ueberproduktion zu verhindern. Dadurch konnte der Preissturz aufgehalten, ja, in manchen Fällen konnten Preissteigerungen erreicht werden. Erfolge, die die Verbraucher dieser Waren freilich benachteiligten, im Endergebnis trotzdem nicht ungenügend sind, weil die Preissteigerungen die Unternehmungskluft erhöhen und manchen Produzentenständen, die von der Preisentwertung besonders stark in Mitleidenschaft gezogen waren, die Rentabilität ihrer Betriebe wieder ermöglichen. Auf diese Weise konnten Preissteigerungen bei einer Anzahl von Metallen — Kupfer, Zinn, Zink und Blei — erreicht werden, bei denen entweder die Erneuerung oder der Ausbau der bestehenden internationalen Kartelle erreicht wurde oder aber das Zustandekommen von Vereinbarungen erwartet wird. Ähnliche Erwartungen trugen zur Befestigung der Preise für Kauchuk und Zucker bei. Daß die Kaffeevorräte erheblich geringer geworden sind, da in Brasilien nicht nur die alten und nicht mehr brauchbaren, sondern auch die neuen Vorräte zur Einschränkung des Angebots vernichtet werden, ist eine Tatsache, in der die kapitalistische Weltwirtschaft sich sinnfällig zeigt.

Eine zweite Gruppe von Selbsthilfemaßnahmen betrifft die Geld- und Kreditwirtschaft solcher Länder, die in Schwierigkeiten gerieten, weil die Bankschuldner ihre Kredite nicht zurückzahlen können oder weil sich durch den Sturz der Kurse die zur Sicherheit der Kredite dienenden Wertpapiere entwerteten, oder weil Kreditkündigungen des Auslandes, Kapitalflucht, Kreditpanik, die die Einleger zur Behebung und Hamsterung ihrer Bausparanlagen veranlaßte, die Kreditgrundlagen erschütterten. In diesen Ländern mußte zur Selbsthilfe gegriffen werden. Die Maßnahmen, die durchgeführt wurden, trugen vielfach, wie weiter unten ausgeführt wird, zur Verschärfung der Wirtschaftskrise bei, indem sie den Weltmarkt unterbunden haben. Teilweise hatten

Zwischenprodukte und der Lebenshaltungskosten der Arbeiterschaft erhöhen, pflegen gewöhnlich die Ausfuhr zu erschweren. Wenn man in England vom Zolltarif trotzdem die Steigerung der Ausfuhr erwartet, so erfolgt das aus zwei Gründen: einmal, weil die sozialen Machtverhältnisse derart eingeschätzt werden, daß man die Löhne trotz Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht erhöhen zu müssen glaubt, zum anderen, da in den Zöllen eine Verhandlungswaffe erblickt wird, durch deren gezielte Handhabung England die Begünstigung seiner Ausfuhr zu erzielen hofft. Diese letztere Überlegung ist zwar nicht ohne Logik, leidet jedoch daran, daß die übrige Welt, wenn sie von der Einfuhr nach England abgeschnitten ist und dadurch einen wichtigen Absatzmarkt verliert, infolge der Schrumpfung ihrer Kaufkraft die Fähigkeit verliert, mehr Waren vom Ausland zu kaufen als zuvor, so daß die Ausfuhr Englands kaum ausgedehnt, ja vielmehr unter Umständen noch eingeschränkt werden muß. Zu den Ländern, die die Hilfe in der Überwindung vom Ausland suchen, gestellt sich jüngst die ansonst schon hochschuldenreiche Regierung Polens, die kürzlich 200 Einfuhrverbote, die die Waren beinahe sämtlicher Industriezweige treffen, in Kraft treten ließ. So wird der Kampf aller gegen alle in der Weltwirtschaft weitergeführt.

Die Erleichterung der Krise kann nicht von den Selbsthilfemaßnahmen einzelner Länder, sondern allein von der internationalen Zusammenarbeit aller erwartet werden. Internationale Sanierung der notleidenden Währungen, internationale Reform der Goldwährung, internationale Kredithilfe, internationale Konjunktur- und Preispolitik durch Zusammenwirken der Notenbanken, internationale Erleichterung des Warenverkehrs und der Wanderungen von einem Land zum anderen, — sind die Vorbedingungen einer Sanierung der Weltwirtschaft. Doch muß dazu das erschütterte Vertrauen wiederhergestellt, müssen die politischen Spannungen, die für die Verschärfung der Wirtschaftskrise verantwortlich sind, beseitigt werden. Deshalb spielt die Regelung der Reparationsfrage und der internationalen Kriegsschulden bei der Sanierung der Weltwirtschaft eine hervorragende Rolle. A. H.

**Der Kampf mit dem Faschismus.**

In Deutschland und in Oesterreich ringt der Faschismus um die Seelen, in den Ländern, in denen er am Aushalten vermag, verläßt kein Anzeichen in zunehmendem Maße. In Italien werden wir nicht nur verweirte Anstrengungen der Faschisten in der Bekämpfung der Wirtschaftskrise, harte Urteile der faschistischen Justiz und Verbannungen, sondern auch eine große Reihe von Erscheinungen, die eine erwachende revolutionäre Gärung verraten. Im breiten Proletariat erit der polnische Faschismus eine große Schlappe. Für breite Massen brachte dieser Proletariat eine Enttarnung der faschistischen Methoden. Das faschistische Ungarn, das erste Land, das in Europa zur Verweirungswaffe des Transmigrationsgriffs, macht neben der wirtschaftlichen und staatsfinanziellen auch eine schwere

politische Krise durch, die sich in Aufschwerfungen in der Armee und in einer Teiltreue der Regierung fundiert. Die nicht bedeutenden Veränderungen in der Zusammensetzung des jugoslawischen Kabinetts hängen ebenfalls mit politischen Unruhen in der jugoslawischen Diktatur zusammen. In Bulgarien hat der Wahlerfolg des Volksblocks bisher noch keinen völligen Systemwechsel gestattet, ein Teil des bulgarischen Volkes fordert stürmisch die politischen Folgerungen aus der faschistischen Wahlüberlage. In der jungen spanischen Republik verursachen die Bekämpfung der syndikalistischen und kommunistischen Kumbgebungen und die blutigen Zusammenstöße zwischen Syndikaten und Gendarmen Beforgnis. Doch werden diese Widerstände von der republikanischen Regierung höchstwahrscheinlich bewältigt werden können. Von allen innenpolitischen Bewegungen besitzen die Vorbereitungen zum französischen Wahlkampf die größte außenpolitische Bedeutung. Es ist vorauszuweisen, daß der Sozialismus in Frankreich einen Vorstoß machen wird, durch den die Schlappe, die der europäische Sozialismus in England erit, zum großen Teil ausgewegt wird.

**Kurzarbeiter, Bürgersteuer und Lohnsteuererstattung.**

Ueber die Abstellung der unerträglichen Härten, die bei der Erhebung der Bürgersteuer und infolge der Aufhebung der Lohnsteuererstattungen entstanden sind, fand am Dienstag, den 2. Februar, eine Besprechung zwischen Reichsfinanzminister Dietrich, den Vertretern des ADGB, des FA-Bundes und der übrigen gewerkschaftlichen Spitzenverbände, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Herz (Soz.), Erling und Gerig (Zentr.) statt. Die Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften brachten noch einmal die ungeheuerlichen unsozialen Folgen der Bürgersteuer und die Aufhebung der Lohnsteuererstattung zur Sprache.

Bei der Bürgersteuer haben sich diese Härten vor allem bei den Kurzarbeitern ergeben, die in sehr vielen Fällen weniger verdienen als die Arbeitslosenunterstützung beträgt, deren Lohn ja sogar oftmals unter die Reichslöhne der Wohlfahrtsunterstützung sinkt. Gegenüber diesem widersinnigen Rechtszustand haben schon viele Gemeinden den Weg der Selbsthilfe beschritten und durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern oder durch öffentliche Bekanntmachung festgelegt, daß in allen Fällen keine Bürgersteuer gezahlt zu werden braucht, in denen das Einkommen die Reichslöhne der Wohlfahrtsunterstützung nicht übersteigt.

Ebenso unerträglich ist die Härte, die sich bei Kurzarbeitern ergibt, die zwar mehr als die Reichslöhne verdienen, aber weniger als die Freibeträge der Wohlfahrtsunterstützung. Zwar gibt es in der Bürgersteuerordnung die Vorchrift, daß lohnsteuerfreie Arbeitnehmer nur den halben Bürgersteuervertrag zu zahlen haben. Aber maßgebend für die Anwendung dieser Vorchrift ist nicht das gegenwärtige Einkommen, sondern das Einkommen im Jahre 1930!

Die Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Bürgersteuer gingen auf völlige Be-

freiung der lohnsteuerfreien Einkommen von der Bürgersteuer. Als das aussichtslos schien, angesichts der katastrophalen Finanzlage in zahlreichen Gemeinden, forderten sie Änderungen in zwei Richtungen: 1. volle Befreiung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die in jährl. Kurzarbeit oder aus anderen Gründen weniger verdienen, als die Reichslöhne der Wohlfahrtsunterstützung betragen, 2. Ermäßigung der Bürgersteuer auf die Hälfte bei allen Lohnsteuerfreien, wobei das Einkommen zur Zeit der Zahlung der Bürgersteuer und nicht das Einkommen von 1930 zugrunde gelegt wird.

Reichsfinanzminister Dietrich erkannte die Berechtigung der beiden Forderungen an und sagte zu: 1. Wegen der Befreiung der Einkommen unter den Reichslöhnen eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Städtetag sowie den übrigen kommunalen Spitzenverbänden herbeizuführen, 2. spätestens vom 24. Februar ab bei allen lohnsteuerfreien Arbeitnehmern nur noch den halben Satz der Bürgersteuer zu erheben. Die erforderlichen neuen Durchführungsbestimmungen sollen sofort im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet und bereits in den nächsten Tagen dem Reichsrat zur Verabschiedung vorgelegt werden.

In der Frage der Lohnsteuererstattungen wurde von den Gewerkschafts- und Parteidelegierten grundsätzlich die Forderung erhoben, sämtliche Erstattungen wieder einzuführen. Wenn aber schon die Erstattungen aus Rechtsgründen wegen Verdrängung ausfalls nicht sofort wieder eingeführt werden könnten, müßten auf alle Fälle die Erstattungen aus Billigkeitsgründen auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung wieder in Kraft gesetzt werden. Dieser Billigkeitsparagraf steht den Lohnsteuerzahlern ebenso zu wie den Besteuerzahlern. Gerade die Befreiung dieser Erstattungen aus Billigkeitsgründen hat zu besonders rigorosen Härten geführt, wie von den Vertretern der Lohn- und Gehaltsempfänger unter Hinweis auf viele Einzelbeispiele nachgewiesen wurde.

Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß die Wiedereinführung der Erstattungen aus Billigkeitsgründen einen großen Mehraufwand verursachen und die Gemeinden, insbesondere aber die Finanzierungs der Wohlfahrtsunterstützung in neue Schwierigkeiten bringen würde. Er hielt es aber im Augenblick nicht für vertretbar, dieser Forderung zu entsprechen, sagte aber eine nochmalige abschließende Prüfung zu. Eine Sonderregelung soll für diejenigen unfähigen Arbeiter angefertigt werden, die nur wenige Tage in der Woche Arbeit haben und Lohnsteuer zahlen müssen, obgleich ihre Löhne die Freibeträge bei der Lohnsteuer bei weitem nicht erreichen. Es soll versucht werden, ein Abzugsverfahren durchzuführen, das in Zukunft die Überzahlung von Lohnsteuer nach Möglichkeit ausschließt.

Der Kampf um die Wiederherstellung der Erstattungen wird mit aller Energie fortgesetzt. Bei aller Anerkennung der schwierigen finanziellen Lage der Gemeinden muß eine steuerliche Härte beseitigt werden, die in sehr vielen Fällen gerade die Gemeinden zu erhöhten Wohlfahrtsleistungen zwingt.

**Die geänderten Klebverfahren in der Lederwarenindustrie.**

Von R. A. R. I. S. C. H.

(Nachdruck verboten.)

Bei der Fabrikation von Stuis und Reifeseiten, bei der Sportartikel-, Porzellan- und Feinlederwarenherstellung, aber auch bei verschiedenen anderen Lederarbeiten wird ein Klebstoff benötigt, der sich leicht aufstreichen läßt und durch bloßes Anreiben oder doch nach möglichst kurzer Belastung sofort eine haltbare Verbindung zwischen Leder und Leder- bzw. Futtermaterial und Einlagen herstellt. Tierleim und Pflanzenleber werden von der Klebstoffindustrie in mannigfacher Weise aufgeschlossen und als flüssiges oder pastenförmiges Präparat geliefert. Die durch das Wertstück bedingten Anforderungen können mit diesen Klebstoffen mehr oder weniger erfüllt werden. Allmählich beginnt jedoch die Lederindustrie genau so wie die anderen Klebstoffherstellenden Branchen die wasserlöslichen Bindemittel zu verlassen. Tierleimpräparate und Pflanzenleber mit hoher Klebkraft sind z. T. schon durch Bindemittel ersetzt, die im Wasser unlöslich sind. Auf den drei Hauptgebieten, Holzverleimung, Pinselherstellung und Lederindustrie sind die wasserfreien Bindemittel im Vormarsch begriffen. Auf allen drei Gebieten kommt es darauf an, die geübten Werkstoffe gegen Feuchtigkeit zu schützen. Die Holzverleimung und Pinselindustrie stellt noch weitergehende Anforderungen. Die geübten Stücke sollen auch gegen Alkalien, Nitrobenzol, Benzol, Terpentinöl usw. widerstandsfähig sein.

Tierleim und Pflanzenleber haben im Laufe der Jahre eine solche Durchbildung erfahren, daß der Jahrhunderte alte Wienerpapp (Schufterpapp) seine Bedeutung verloren hat. Bei einzelnen Arbeiten, wie beim Zusammenkleben des Leders, war es nicht

leicht einen Klebstoff zu schaffen, der bei gleicher Haftfähigkeit nicht viel teurer war.

In der gesamten Lederwarenherzeugung, von der Treibriemenfabrikation bis zur Feinlederwarenherzeugung, erfuhr die Klebmethoden eine Aenderung. Salpeterminerale und essigsaure Zelluloseverbindungen dienen heute in allen drei Hauptgruppen der Klebstoff herstellenden Industrien als Bindemittel. In Amerika ist die Verwendung der geänderten Klebstoffe noch weiter fortgeschritten als bei uns. In der Pinselherstellung werden dort schon seit Jahren Gummiverbindungen verarbeitet. Die geringe Wertsetzung des Verbrauchs an Klebstoff wird durch die erzielte Widerstandsfähigkeit gegen Wasser, Alkalien, Säuren und dgl. reichlich ausgegogen.

Die in Amerika durchgeführten Versuche, Furniere und Sperrholz mit Zellulosepräparaten zu verbinden, sind ebenfalls gelungen. Die Acetylzellulose (Zelluloseester) spielt hierbei eine erhebliche Rolle. Nachdem aber schließlich auch die Lederindustrie begonnen hatte, den tierischen und pflanzlichen Leim zu verlassen, ist es erklärlich, daß die Klebstoffindustrie ihre bisherigen Erzeugnisse zu verbessern suchte. Der leitwässrige Pflanzenleim hat infolge seiner bequemeren Zubereitung auf verschiedenen Gebieten weiten Eingang gefunden. Als Lederleber mußte er jedoch besonders zubereitet werden. Der leitwässrige Tierleim hatte den Erwartungen im großen und ganzen ebenfalls entsprochen. Aber auf allen Gebieten waren diese Präparate trotz verstärkter Reklame für die Dauer nicht zu halten. Die Tierleimindustrie leidet jetzt unter dem Druck der gefährlichen Konkurrenz ihrer ganz neuen und die weitere Durchbildung ihrer Produkte. Man kann erwarten, daß es mit Hilfe der Technik und Chemie gelingen wird, auch die wasserlöslichen Präparate so auszugestalten, daß diese den gesteigerten Ansprüchen gerecht

werden. Auf einzelnen Arbeitsgebieten haben sich jedoch inzwischen die Zelluloseverbindungen so festgesetzt, daß die nassen Präparate die Lustigkeit auf Verwendung ein für allemal verloren haben.

**Eine „saubere“ Postleierfirma.**

Die „Münchener Telegramm-Zeitung“ brachte, wie wir der „Allgemeinen Tapezierer-Zeitung“ entnehmen, in ihrer Nummer 5 vom 8. Januar d. J. den Bericht der Gerichtsverhandlung gegen einen Tapezierermeister aus Unterhaching in Bayern. Derselbe hatte Auflegematratzen mit geradezu ekelregender Füllung in den Handel gebracht. Der Füllung bestand aus alten Lumpen, so wie sie der Lumpenhändler erhält und wieder verkauft; alten, ausgebleichten Puh- und Spüllumpen, Kleberfetzen, Fragmenten von abgetragenen Wäscheblenden, Socken, Fußlappen, Verbandbinden — alles ungewaschen, ungeräumt, staubig, schmierig, drecksam zum Teil noch blutig, gerstlich, eckelhaft, überaus pestilenzialisch. Vor Gericht erklärte der betreffende Tapezierermeister: „Das nennt man Wollfüllung. Die Woll wird in Laubenden von Jentnern in den Handel gebracht und zu Matratzenfüllungen verwendet. Die Lumpen kommen zuvor in eine Maschine, wo sie in kleine Fäden zerrissen werden.“ Eine besondere Desinfizierung und Reinigung erfolgt nicht.

Der Herr Tapezierermeister fand milde Richter und kam mit einer Geldstrafe von 100 Mark davon. Wegen die weitere Verarbeitung derartiger minderwertiger, gesundheitsgefährlicher Füllmaterialien ist mit aller Schärfe anzufämpfen. Nicht allein der Konsument wird damit betrogen und gesundheitlich gefährdet, auch für die Arbeiter dieser drecksamen Lumpenwerke besteht die dauernde Gefahr, mit allen möglichen Krankheiten infiziert zu werden.

Die Hungernden und Hitler.

Von Adolf Hitler, dem „deutschen Mussolini“, ist bekannt, daß er, um auf die Gefühlsnerven seiner Verklammlungsbesucher einzuwirken, es nicht versäumt, Tränen zu vergießen und andere Theatereffekte zur Anwendung zu bringen. So hat er den Briefwechsel mit den Führern des Stahlhelms zwecks Austragung der Harzburger Differenzen u. a. dazu benutzt, um seine innere Verbundenheit mit seinen SA-Leuten nach außen hin besonders hervorzuheben. In diesem Briefe an den Stahlhelm und dessen Führer schreibt Hitler u. a.:

„Als übles Harzburger Vorkommnis wurde es weiter gedeutet, daß ich nicht an dem gemeinsamen Mittagessen teilnahm. Ich habe nie erklärt, daran teilnehmen zu wollen und bin persönlich auch nie darum gefragt worden. Hätte man mich persönlich dazu aufgefordert, würde ich abgelehnt haben. Ich kann einen hier begründeten Widerwillen gegen Jogenannte gemeinsame Essen bei Anlässen nun einmal nicht unterdrücken, bei denen Tausende meiner Anhänger unter sehr großen persönlichen Opfern, ja, zum Teil mit hungrigem Magen, Dienst tun. Die Struktur meiner SA ist eine andere als die des Stahlhelms. Ich habe in manchen Gebieten durch die ebenso ungläublichen wie schamlosen Terrorakte eines sich zum Teil auch als national gebärdenden Unternehmertums mehr als 80 Proz. der Stärke meiner Stürme arbeitslos. Ich würde sicher manchem meiner Kameraden wehe tun, wenn er wüßte, daß, während ihm selbst gerade infolge der Ausübung des Dienstes der Magen knurrt, sein Führer an irgendeiner Tafel sitzt, ganz gleich, wie nun das Essen aussehen mag.“

So die Worte des großen Führers, nun zu den Tatsachen. Zu gleicher Zeit, da dieses Schreiben Hitlers durch die Presse bekannt wurde, kamen im Hotel „Fürstenthor“ in Düsseldorf die Mitglieder des Industrieklubs Norddeutscher Schwerindustrieller zusammen. Die zur selben Zeit in Köln a. Rh. stattfindende Tagung des Deutschen Arbeitgeberverbandes wurde aus diesem Anlaß unterbrochen. In Hunderten von eleganten Autos fuhren die Herren zum feinsten Hotel Westdeutschlands, um den großen „Arbeiterführer“ Hitler zu hören. Der Vortrag soll ein beispielloser Erfolg für die nationalsozialistische Bewegung gewesen sein. Namhafte Industrieführer sind der Bewegung beigetreten und haben Unterstützung zugesagt. Am Anbruch gab es ein besseres Essen mit Sekt und Hummer.

Man vergleiche bitte. In dem Brief an den Stahlhelm die hochtrabenden Worte. In den behaglichen Räumen des Düsseldorfer Hotels an überladenen Tischen jene Wirtschaftsführer Deutschlands, deren drittes Wort die Not des Vaterlandes ist, bei einem gut zusammengestellten Souper zu 21.— Mrk. pro Wagen. Mitten unter ihnen Adolf Hitler, fleißig bemüht, Gelder für Parteizwecke locker zu machen. Draußen die SA-Leute, die „unter sehr großen persönlichen Opfern, ja zum Teil mit hungrigem Magen Dienst tun“. So heißt es ja wohl in dem Brief Hitlers? Höher kann man die Heuchelei nicht treiben.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

**Bernburg.** Die diesjährige Hauptversammlung fand im Zeichen der Vierten Rotverordnung. Kollege Rothnagel erstattete den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß unsere Verwaltung sich gut bewährt hat. Die Arbeitsmöglichkeit am Ort ist sehr schlecht. Wir hatten am 9. Januar 1932 14 Arbeitslose. Im Beruf arbeiten nur noch zwei Kollegen. An Veranstaltungen hatten wir neun Mitgliederversammlungen, eine Bezirkskonferenz wurde befehligt, zwei schriftliche Eingaben wurden an Behörden gesandt, davon hatte eine Erfolg. Außerdem nahmen wir am Gewerkschaftsfest mit einem großen Festwagen teil. Die „Volkswacht“ am Ort schrieb darüber: „Vor allen Dingen fiel der große Festwagen der Sattler und Tapezierer auf.“

Eine Lohnverhandlung im Zeichen der Vierten Rotverordnung fand zum Schluß des Jahres statt. Die Kassenverhältnisse am Ort sind immer noch günstig trotz der schlechten Zeit. Die Mitgliederzahl beträgt 18 männliche, eine weibliche Kollegin, zwei Jugendlichen unter 18 Jahren = 21 Mitglieder. Alles ist geschehen zum Wohle des Kollegen Kollegen sowie der ganzen Gesamtorganisation. Die Aussprache ergab einstimmige Entlastung des Vorstandes. Der Vorsitzende wurde wiedergewählt. Als Kassierer wurde Kollege Matthias gewählt.

Ferner wurden die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Vierte Rotverordnung besprochen. Vom ADGB müssen wir fordern, daß er keine Mitglieder mit aller Schärfe bei allen lebenswichtigen Fragen tritt. Es darf nicht möglich werden, daß die Arbeiterschaft zugrunde geht. Wir, die die Werte schaffen, verlangen, als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt zu werden. Wir Gewerkschafter

kämpfen für Gleichberechtigung, aber auch gegen jede Unterdrückung. Der jetzige Zustand darf kein Dauerzustand werden. Uns Arbeitern helfen keine Reden mehr, sondern nur noch Taten. Der Kapitalismus, der diese Krise heraufbeschworen hat, muß unter allen Umständen zu einer Niederlage gezwungen werden.

Zum Schluß sprach der Vorsitzende noch über die Eisernen Front. Die Wahnsinnspolitik kann nur durch die „Eiserne Front“ unterdrückt werden. Das alte Jahr war uns ein Lehrmeister, das neue soll uns ein Ansporn sein, immer größere Erfolge für die Arbeiterschaft und den Sozialismus zu erringen. Alb. Rothnagel.

**Chemnitz Jahresversammlung vom 16. Januar 1932.** Im ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Silbermann den Kassenericht für das letzte Vierteljahr wie folgt:

Hauptkasse  
Einnahme . . . . . 1437,50 Mrk.  
Ausgabe . . . . . 1593,35 Mrk.  
Zufuß . . . . . 155,85 Mrk.  
Totalkasse  
Einnahme . . . . . 645,25 Mrk.  
Ausgabe . . . . . 858,43 Mrk.  
Zufuß . . . . . 213,18 Mrk.

Dem Kassierer wurde auf Antrag Entlastung erteilt. Hierauf gab Kollege Schulze den Jahresbericht.

Die Hoffnung, daß das Jahr 1931 eine Besserung bringen sollte, hat sich nicht erfüllt, sondern die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter stieg unaufhaltsam. Die Geldwirtschaft kam ins Wanken, ein Bank nach der anderen ging krachend und die Regierung verdrückte durch Rotverordnungen die Sache zu meistern. Die Gewerkschaften wurden dadurch in die Defensive getrieben, haben es aber verstanden und nichts unversucht gelassen, um so viel wie möglich für die organisierte Arbeiterschaft herauszuholen. Die Chemnitzer erlitten zu Anfang des vergangenen Jahres einen herben Verlust durch das Ableben des Kollegen Braun, der der Filiale zehn Jahre als Angestellter diente. Durch die wirtschaftliche Struktur waren wir gezwungen, den Angestelltenposten aufzuheben. Der Bezirk wurde an unseren Gauleiter, Kollegen Böhme, abgetreten und die Filiale wieder ehrenamtlich verwaltet. Dadurch haben wir natürlich einen beträchtlichen Teil der Mitglieder für die Filiale verloren. Das Verammlungsleben war etwas besser. Fast jede Verammlung war mit einem Vortrag über Wirtschaftfragen, Sozialversicherung usw. ausgestattet. Im ganzen Jahre haben 12 Mitglieder, 6 Vorstands-, 1 Funktionär-, 3 Branchen- und 4 Werkstattversammlungen stattgefunden. Weitere 5 Ortsauschulstungen, 3 Betriebsrätevollversammlungen, 3 Vorstandskonferenzen, Gesellensauschulstungen und Schlichtungsausschulstungen wurden von einzelnen Funktionären besucht. Die rechtlichen Fragen hat zum größten Teil unser Arbeitersekretariat vertreten, und zwar sind 5 Fälle vor dem Oberverwaltungsamt und 5 Fälle vor dem Arbeitsgericht zu verzeichnen. 131 Auskünfte wurden erteilt und 19 Schriftsätze angefertigt, 2 Streiffälle in der Lehrlingskommission wurden erledigt. Einen Unterhaltungsabend konnten wir abhalten, verbunden mit einer Ergrung der 6 Kollegen, die im Jahre 1931 25 Jahre dem Verband angehörten. Kollege Schulze schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten: So wenig wir mit der Zwangsregelung einverstanden sind, so müssen wir uns doch dem durch die Rotverordnung geschaffenen Rechtszustand beugen. Sorgen wir dafür, daß die uns verbliebenen Tarifrechte restlos ausgeschöpft werden zum Wohle der Kollegen, zum Nutzen der Gewerkschaft. Halten wir treu zusammen, damit wir in einer besseren Zeit zum Angriff gerüstet sind.

Jahreskassenbericht.

Hauptkasse  
Einnahme . . . . . 7809,45 Mrk.  
Ausgabe . . . . . 9062,44 Mrk.  
Zufuß . . . . . 1252,99 Mrk.  
Totalkasse  
Einnahme . . . . . 3180,90 Mrk.  
Ausgabe . . . . . 3414,77 Mrk.  
Rinus . . . . . 233,87 Mrk.

**Mitgliederbewegung.** Anfang des Jahres 463 männliche, 43 weibliche Mitglieder. Bestand am Schluß des Jahres 1931 368 männliche und 9 weibliche Mitglieder.

Lehrlingsbewegung.

Am Anfang des Jahres 1931 hatten wir 44 Lehrlinge, am Ende des Jahres war die Ziffer auf 49 gestiegen. Den Lehrlingsbericht gibt Kollege Biehweg. Es haben im Vorjahre 13 Jugendversammlungen stattgefunden, darunter 2 Veranstaltungen. Die Versammlungen waren durchschnittlich von 18 Jugendlichen besucht. Im Bibliotheksbericht gibt Kollege Künzel bekannt, daß im verfloffenen Jahre 25 Kollegen Bücher ge-

sehen haben und daß unsere Bibliothek 322 Bände zählt.

An der folgenden Aussprache über die vorausgegangenen Tagesordnungspunkte beteiligten sich die Kollegen Wieland, Scholz, Franz, Sehe und Rebel. In dieser Diskussion, die sich auf verbandspolitischen Gebiet bewegte, übte Franz eine scharfe Kritik an der gegenwärtigen Gewerkschaftsstatistik, während die anderen Redner ihre Zufriedenheit mit der eingeschlagenen Haltung ausdrückten. Nach Schluß dieser Debatte dankte Kollege Schulze allen Funktionären für die im Vorjahre geleistete Arbeit. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die einstimmige Wahl der Kollegen Schulze, 1. Vorsitzender; Franz, 2. Vorsitzender; Silbermann, Kassierer; Schreier und Böhmer, 1. und 2. Schriftführer; Fuhrmann, Rebel, Grötelbauer, Revisoren; Wlzig, Jugendleiter; Künzel und Biehweg, Bibliothekar.

Als Kommission für besondere Veranstaltungen wurden die Kollegen Rebel, Müller, Goldsche und Köhler gewählt.

Im Punkt Gewerkschaftliches beantragte Christlieb, den Untertauern künftig die Vergütung an den 5. Pf.-Erwerbslosenmarkt zu kürzen, während ihnen an den Beitragsmärkten ein höherer prozentualer Anteil zukommen soll. Es wurde beschloffen, in der nächsten Vorstandssitzung diese Angelegenheit zu besprechen. Eine Resolution des Kollegen Biehweg an den ADGB, die sich gegen die Herabsetzung der Löhne und den nicht vollzogenen Preisabbau wendet, fand einstimmige Annahme. Schreier.

**Gröblich Generalversammlung am 30. Januar 1932.** Kollege Wolther gab den Kassenericht vom vierten Quartal 1931. Ihm wurde Entlastung erteilt. Den Bericht über das verfloffene Geschäftsjahr erstattete Kollege Glomb. Die Erzeugnisse früherer Jahre sind durch die kolossale Arbeitslosigkeit wieder zuhanden geworden. Die finanzielle Lage hat sich verschlechtert. Abgehalten wurden im verfloffenen Geschäftsjahr elf Mitgliederversammlungen, drei Branchenversammlungen und sieben Funktionärsitzungen. Der Mitgliederbestand betrug am Jahreschluß 286 männliche und 138 weibliche. Kollege Glomb sprach allen Verbandskollegen für ihre treue Zusammenarbeit den Dank aus. In Anbetracht des reduzierten Kassenbestandes wurden die Entschädigungen um 25 Proz. erniedrigt. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl aller bisherigen Funktionäre. In seinem Schlußwort richtete Kollege Glomb an alle Kollegen die Mahnung, auch in der Zeit schlechter Wirtschaftslage treu zur Organisation zu stehen, und den neugewählten Vorstand auf jede Weise zu unterstützen. Besonders forderte er die jüngeren Kollegen auf, mit ganzer Seele bei der Bewegung zu sein, da wir auch im kommenden Jahr noch manchen heißen Kampf vor uns haben. Carl Haeuflich.

**Grünberg i. Schl. Generalversammlung am 16. Januar 1932.** Der Vorsitzende, Kollege Klante, gab in kurzen Umrissen den Jahresbericht. Nach Stilllegung der Waggonfabrik stehen nur noch wenig Kollegen in Arbeit. Redner ermahnte die Kollegen, weiter fest zum Verband zu stehen. Die noch in Arbeit stehenden forderte er auf, trotz Kurzarbeit und Lohnabbau an der bisher gezahlten Beitragsklasse festzuhalten. Kollege Matyschek gab den Kassenericht. Den Kassenericht über das vierte Quartal 1931 erstattete Kollege Kante. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Darauf erfolgte die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Ortsverwaltung. Erich Kahl.

**Hamburg. Allgemeine Mitgliederversammlung am 24. Januar 1932.** Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Ableben der heimgegangenen Kollegen Karl Langeheine und Julius Röhr in üblicher Weise.

Kollege Dregeulus erstattete den Jahresbericht. Gegenüber seinen Vorgängern wies das Jahr 1931 zum erstenmal einen Rückgang der Löhne auf. Das sei eine Folge der fürchterlichen Welt- und Wirtschaftskrise, die vor allem auch unseren Beruf nicht verschont. Trotzdem sollen wir uns die Hoffnung auf Besserung nicht rauben lassen, weil sonst jeder Glaube an die gesunde Weiterentwicklung verlohren geht. In seinen weiteren Ausführungen pöhlte Dregeulus die Lohnbewegungen und Streiks in den einzelnen Branchen auf. U. a. den Streit bei der Firma Gebretens in Pinneberg (früher Wandsbeck), der durch das solidarische Verhalten der Kollegenschaft und der Pinneberger Verdüsterung trotz großer Arbeitslosigkeit und Not in acht Tagen erfolgreich durchgeführt werden konnte. Die am Jahreschluß fälligen Lohnverhandlungen wurden durch die letzte Rotverordnung durchkreuzt und die Löhne auf den Stand vom 10. Januar 1927 zurückgeworfen. Der Versammlungsbesuch war im Berichtsjahr gut. Die Jugendgruppe ist etwas zurückgegangen. Das hat seinen Grund darin, daß der Krise wegen weniger Lehrlinge eingestellt werden. In kurzen Worten gedachte Dregeulus der verstorbenen Kollegen des letzten Jahres. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Daß der Stamm in der Hamburger Ortsgruppe ein gesunder ist, beweist, daß zu den bisherigen Jubilaren wieder 17 Kollegen hinzu kommen, die über 25 Jahre ununterbrochen der Organisation die Treue bewahrt haben. Ihnen sei gedankt. Ein trauriges Kapitel ist das Gekelch der Arbeitslosigkeit. Die Zahlen im gedruckten Bericht beweisen es. Hoffen wir, daß das Jahr 1932 den wirtschaftlichen Aufstieg bringen wird. Am Schluß seines Berichts erklärte Kollege Dregelius, daß die Zusammenarbeit aller Funktionäre stets ein kollegiales gutes war, daß jeder bestrebt war, trotz der schwierigen Notlage nach innen und außen das Beste für seine Kollegen und die Organisation zu tun.

Den Kassenbericht gab Kollege Burkard. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betragen 42 299,71 M.

Die Einnahme und Ausgabe für die Lokalkasse schließt mit 26 281,12 M. ab. Das Defizit für die Lokalkasse betrug 4053,53 M. Von den Revisoren berichtete Kollege Menold, daß Bücher und Belege mit dem vorhandenen Geld übereinstimmen und die Buchführung in gewohnter tabellarischer Ordnung sei. Kollege Bach berichtete für die Jugendgruppe, daß auch diese stark unter der Not zu leiden habe. Sind es doch gerade die jungen Kollegen, die einen verzweifeltsten Kampf gegen das Gekelch der Arbeitslosigkeit führen. In einem mit Hilfe des Arbeitsamtes eingerichteten Fachkurs spiegelt sich das wider. Mit wahren Heißhunger nach Arbeit und weiterer Ausbildung gehen die jungen Kollegen in den Kurs, betreut von sechs bis acht älteren Kollegen, die sich ehrenamtlich für diese gute Sache zur Verfügung gestellt haben. Leider sind die Barmittel zur Anschaffung von Material zu knapp und Kollege Bach hat alle Kollegen, die noch irgendwie Material nutzlos liegen haben, dieses den Kursteilnehmern zur Verfügung zu stellen. Kollege Witten stellte den Jahresbericht zur Debatte. Das Wort wurde nicht gewünscht. Darauf dankte Dregelius im Namen der Ortsverwaltung für das Vertrauen und versprach, im Jahre 1932 weiter für die Organisation und ihren Aufstieg zu arbeiten. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zu Punkt 2, Beitragsfragen, führte Dregelius u. a. aus: In der Oktoberversammlung 1931, als wir über Sparmaßnahmen berieten, glaubten wir, nochmal um einen Abbau in unseren Unterstützungsleistungen herabgehen zu können. Heute, wo alles abgebaut wird, sei es an der Zeit, auch im Interesse unserer Kassenverhältnisse einen Blick zurückzuwerfen. Die Ortsverwaltung hatte sich in mehreren Sitzungen mit den Senkungsmaßnahmen befaßt und empfahl der Versammlung, folgendes zu beschließen: 1. Der Lokalzuschlag wird teilweise um 10 bzw. 5 Pf. gekürzt. 2. Die sonst aus der Lokalkasse bezahlten Beiträge an Unterstützungsleistungen nicht mehr zu zahlen, so daß in dieser Hinsicht statutarisch verfahren wird. 3. Als Beitrag für die Notgemeinschaft sind 10 Pf. pro Monat und Mitglied zu zahlen. 4. Die Änderungen treten am 1. März 1932 in Kraft. Nach eingehender Begründung fand eine lebhafteste Debatte statt, die durchweg im Zeichen hohen Idealismus stand. Fast alle Diskussionsredner vertraten den Standpunkt, daß unsere Kasse durchaus auf der Höhe bleiben müsse, und daß die noch in Arbeit stehenden Kollegen den einen Groschen wohl auch noch tragen können und werden. Der Einwand, daß nun Kollegen, die jahrelang bezahlt haben, jetzt keine Unterstützung aus der Lokalkasse erhalten sollten, falls sie erwerbslos werden, wurde selbst von den noch in Arbeit stehenden Kollegen als nicht stichhaltig zurückgewiesen. Sie alle erkennen die Notlage unserer Pässe und werden dieses Opfer bringen. Der Vorschlag der Ortsverwaltung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag, der keine Senkung der Beiträge forderte. Dieses hätte eine Beitragserhöhung bedeutet. Hierauf wurden die in den Branchen gewählten Branchenleiter beauftragt. Es sind die Kollegen V. Kistler, erster, und K. Wastian, zweiter Leiter für die Tapezierer, H. Löter für die Treibriemer, R. Kleinau für die Handwerksattler und Lederwaren, G. Böhm für Auto- und Wagenattler. Dann wurden den Kollegen Dregelius und Burkard einstimmig das Vertrauen und die Befähigung für die eventuelle Wiederwahl durch den Verbandstag ausgesprochen. Als zweiter Vorsitzender wurde A. Witten und als Schriftführer wurde B. Bobbermin einstimmig wiedergewählt. Für die Jugendgruppe wurde D. Ahlbrandt, als Revisoren Mers, Frisch und Menold einstimmig wiedergewählt. W. B. Bobbermin.

**Börsen** 1. Th. Jahreshauptversammlung am 26. Januar 1932. Nach Begründung der verhältnismäßig gut besuchten Versammlung gab der Vorsitzende eine kurze Uebersicht über die Verbandsfähigkeit im Jahre 1931. Anschließend daran erstattete der Kassierer seinen Kassenbericht. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung. Nachdem mehrere Kollegen ihren Dank und ihre Anerkennung für die geleistete Arbeit ausgesprochen hatten, erfolgte die einstimmige Wiederwahl des gesamten bisherigen Vorstandes. K a s s i e r.

### Die Heimvolkshochschule Tinz

in Gera nimmt Bewerbungen zum neunten Frauenkurs nur noch bis zum 18. Februar 1932 an. Der Kurs dauert vom 1. August bis Weihnachten 1932. Das Schulgeld einschließlich Verpflegung beträgt 130 M. für Thüringer 150 M. Näheres über Unterrichtsplan und die Aufnahmebedingungen auf Anfrage (mit Rückporto) von der Schulleitung der Heimvolkshochschule Schloß Tinz in Gera.

### Die Spartassen blieben trotz Kreditkrise flüssig.

Das Katastrophenjahr 1931 stellte an die Liquidität der Spartassen hohe Anforderungen. Der Einlagebestand verminderte sich von 12,3 Milliarden Mark Ende November 1930 auf 11,4 Milliarden Mark November 1931. Die Zahlungsbereitschaft blieb bei den Spartassen während der Kreditkrise zufriedenstellend, da ihre Mittel zum erheblichen Teil leicht greifbar angelegt sind. Den Spartassen standen Ende April 1931 Kassenbestände mit 112,2 Millionen, Bankguthaben mit 1,7 Milliarden und Wechsel mit 377 Millionen, insgesamt also 2,2 Milliarden Mark leicht greifbar zur Verfügung. Durch Verkauf oder Beleihung ihrer Wertpapiere hätten die Spar-

### Schafft Munition für die Eiserner Front!

Die Rüstwoche zur Munitionsbeschaffung für die „Eiserner Front“ wird jetzt im ganzen Reiche durchgeführt. Der Gedanke, mit der Einzelhebung in das Eiserner Buch Opfersinn und Bekannernut zu beweisen, ist aus der Aktivität geboren worden. Viele republikanisch gesinnte Staatsbürger setzen sich durch die Eintragung der Gefahr wirtschaftlichen Terrors aus. Wer diesen Terror zu fürchten hat, kann seinen Beitrag auf das Konto „Eiserner Front“ Nummer 624 bei der Arbeiterbank, Depositenkasse Lindenstraße, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Postcheckkonto Berlin Nummer 141 528, einzahlen. Dieses Konto ist für Einzelbeträge aus dem ganzen Reiche eingerichtet worden.

lassen weitere beträchtliche Beträge flüssig machen können. Das Statistische Reichsamts schätzt, indem es von einer 60prozentigen Beleihung des Wertpapierbestandes der Spartassen in Höhe von 1,8 Milliarden ausgeht, diese Mittel auf mindestens 750 Millionen. Die Spartassen hätten daher rund 3 1/4 Milliarden oder 25 Proz. ihrer Einlagen zurückzahlen können, ohne einen einzigen Kredit zu kündigung. Der tatsächliche Rückgang des Einlagebestandes blieb dagegen hinter der vollen Milliarde zurück. Auch von den Personalkrediten, die die Spartassen ebenso wie die Genossenschaftsbanken zum größten Teil an kleinere Geschäftsleute gegen ausreichende Sicherheiten zu geben pflegen, dürfte ein erheblicher Anteil stets zurückgefordert werden können. Die Gesamtsumme dieser Personalkredite beträgt 2,2 Milliarden Mark. Dagegen gehören die Hypotheken- und Kommunalanleihe zu den nur schwer flüssig zu machen den Anlagen. Ende April hatten die Spartassen rund 5 Milliarden Hypothekendarlehen ausgeben, also 45,4 Proz. ihres Einlagebestandes auf diese Weise angelegt. Die vom Spartassentag aufgestellte Musterordnung sieht eine hypothetische Festlegung der Anlagen zu 40 Proz. vor, so daß dieser Richtsatz um einige Prozent in der Praxis überschritten ist. Die Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften, vor allem an Gemeinden, machten insgesamt 2,4 Milliarden oder 18,9 Proz. der Einlagen aus. Der von der Musterordnung vorgegebene Richtsatz für diese Darlehen ist beträchtlich höher, war also von den Spartassen zu Beginn der Kreditkrise bei weitem nicht ausgenutzt.

### Rundschau

**Produktionssticht.** Nunmehr geht auch die sächsische Kofferfabrik „Stabilität“ dazu über, ihren Fabrikbetrieb nach England zu verlegen. Die Firma begründet diesen Schritt damit, daß sie durch die Zollmaßnahmen dieses Landes gezwungen sei, dort, als dem Hauptabgabebiet, für ihre Erzeugnisse die Fabrikation aufzunehmen. Die Unternehmer glauben, den Leistungen des „Bundes“ nicht widerstehen zu dürfen und werden nunmehr recht bald als „Blutengländer“ den Kampf gegen die feindliche deutsche Konkurrenz aufnehmen. Und das alles im Namen des heiligen Profits!

**Die Höhe des Geldumlaufs.** Neben den Reichsbanknoten haben für den deutschen Geldumlauf Bedeutung die Banknoten gewisser mit dem Notenprivileg ausgestatteter Privatbanken, sowie die Rentenbankscheine und das Scheidgeld. Mit Aus-

nahme der Rentenbankscheine, von denen im Laufe des letzten Jahres rund 20 Millionen Mark aus dem Verkehr gezogen wurden, hat sich der Umlauf der übrigen Zahlungsmittel vermehrt, vor allem der Reichsbanknoten und der Scheidemünzen, so daß Ende 1931 eine Geldsumme von 6637 Millionen gegen 5959 Millionen Mark zu Beginn des Jahres im Umlauf war. Im einzelnen betrug die im Umlauf befindliche Reichsbanknotenmenge Januar 1931 4372 Millionen, Dezember 1931 dagegen 4738 Millionen Mark, der Umlauf der Privatbanknoten 178 Millionen und 187 Millionen Mark, während der Umlauf der Rentenbankscheine von 440 auf 421 Millionen Mark zurückging. Der Bestand an Scheidemünzen stieg von Januar 1931 bis Dezember 1931 von 968 Millionen auf 1289 Millionen Mark.

**Ueber eine Viertelmillion neue Versicherungen bei der Volksfürsorge im Jahre 1931.** Die Volksfürsorge gibt jenen den Neuzugang von Versicherungen im Vorjahre bekannt. Danach sind insgesamt 271 862 Volksversicherungen (Hochversicherungssumme bis zu 3000 M.) mit 108 964 250 M. Versicherungssumme und 609 452 M. Monatsprämie neu abgeschlossen worden. In der Großlebensversicherung, die Versicherungen bis zu 10 000 M. gestattet, beläuft sich der Neuzugang auf 3944 Versicherungen mit 8 780 370 M. Versicherungssumme. Dieses gegenüber 1930 um circa ein Drittel gesunkene Resultat ist immerhin noch als sehr erfruchtlich zu bezeichnen. Es zeigen sich in diesem Ergebnis aber auch die Auswirkungen der großen Arbeitslosigkeit und der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung. — Sobald die endgültigen Zahlen über das Geschäftsergebnis der Volksfürsorge vorliegen, werden wir ausführlich darüber berichten.

### Bücherschau

Die erste Broschüre der Eisernen Front! In einer im Dietrich Verlag erschienenen Broschüre „Eiserner Front“ werden sich Otto Weis, Karl Soltermann, Peter Grünmann und Fritz Wöhring, um die Mitarbeit und das Angehören der antifaschistischen Kampfgeneration darzulegen. In knapp lesbaren Worten umreißt Otto Weis, der Parteivorstand, die politische Situation; Karl Soltermann, der geschäftsführende Bundesvorsitzende im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, faßt den Inhalt seiner Ausführungen in den Satz zusammen: „Nur durch die gemeinsame Schlacht!“ Peter Grünmann, Vorsitzender des A.G.B., zeigt, was die gesellschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten von einem Sieg über die Faschisten erwarten können; Fritz Wöhring, der Führer der Arbeiterpartei, legt namens seiner Organisationen das Treuebekenntnis zur Sache des demokratischen Sozialismus ab. Das Heft wird in der Aufbau- und Lektürebibliothek der Eisernen Front gute Dienste tun. Der Preis beträgt 15 Pf.

### Verbandsnachrichten

(Besandtsnachrichten des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 8. Februar bis 14. Februar ist der 7. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine fünfundsiebenzigjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können zurückblicken:

Wiesbaden		
Name	Beruf	Eingetreten
Schlag, Bruno	Tapezierer	30. 8. 1902
Riedel, William	Tapezierer	16. 4. 1906

### Versammlungskalender

**Wuppertal.** Freitag, den 19. Februar 1932, abends 8 Uhr, im Gemerkschaftshaus Barmen, Wittensteinstraße 2, Ballversammlung. Tagesordnung: Geschäftliches, Vortrag, Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen.

### Sterbetafel

**Berlin.** Am 29. Januar starb im Alter von 61 Jahren unser langjähriges Verbandsmitglied, der Tapezierer Herrmann Schön. Kollege Schön war seit Gründung des Verbandes der Tapezierer im Jahre 1897 ununterbrochen Mitglied unserer Organisation.

**Celzig.** Am 28. Januar verstarb nach fast 15jähriger Mitgliedschaft im Alter von 55 Jahren unsere liebe Kollegin Johanna Geßner an Herzschlag.

**Offenbach a. M.** Am 22. Januar starb unser Kollege, der Portefeuilier Philipp Metternich, Innalide, 79 Jahre alt, nach fast 27jähriger Mitgliedschaft. — Am 30. Januar 1932 starb unser Mitglied, der Sattler Georg Wigel, 56 Jahre alt, nach 35jähriger Mitgliedschaft.  
E h r e t h r e m A n d e n t e n t!